

Sparprogramm

Regierung will AHV-Kosten senken

VADUZ Die Regierung will den Staatsbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) reduzieren und ab 2015 mindestens 15 Millionen Franken jährlich einsparen. Die Beiträge sollen darum nicht mehr an die Ausgaben gekoppelt werden. Aktuell bezahlt der Staat 20 Prozent der AHV-Kosten. Durch die Bindung des Staatsbeitrags an die jährlichen AHV-Ausgaben ist die finanzielle Belastung für den Staatshaushalt in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Zuge der Sanierung des Landeshaushaltes wurde daher die Forderung nach einer Reduktion und Entkoppelung des Staatsbeitrags von der Ausgabenentwicklung zum Zwecke einer höheren Plan- und Steuerbarkeit gestellt, teilte die Exekutive am Dienstag mit. Diese schlägt dem Parlament vor, im Jahr 2015 einen Jahresbeitrag an die AHV von 50 Millionen Franken auszuführen. Der Beitrag soll anschliessend indexiert und zusätzlich jedes Jahr um zwei Millionen Franken angehoben werden. Wegen des erwarteten Wachstums der AHV-Ausgaben soll die Einsparung dank der Entkopplung mit der Zeit immer grösser werden. «Die Regierung erachtet dies als zielführend», heisst es in der Medienmitteilung vom Dienstag.

Im Rahmen der ersten Lesung wurde der Frage der langfristigen finanziellen Sicherung der AHV zentrale Aufmerksamkeit geschenkt. Im Sinne einer Zukunftssicherung der AHV wird der zukünftig geringere Staatsbeitrag durch die in der Stellungnahme vorgeschlagenen Massnahmen kompensiert. Der Einsatz eines Monitoring-Gremiums soll sicherstellen, dass frühzeitig weitere Weichenstellungen beschlossen werden, um die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit der AHV zu gewährleisten. (red/sda/paf1)